

Großkommentare der Praxis

Zivilprozeßordnung und Nebengesetze

auf Grund der Rechtsprechung kommentiert

Von

Bernhard Wieczorek

Rechtsanwalt am Bundesgerichtshof

2., neubearbeitete Auflage

10. Lieferung

§§ 605—703 a



1977

Walter de Gruyter · Berlin · New York

Im Wechsel- und Scheckverfahren werden die Fristen des gewöhnlichen Verfahrens mit folgender Maßgabe ohne Unterschied, ob es sich um amts- oder landgerichtliche Streite handelt, verkürzt: C II b

auf vierundzwanzig Stunden, wenn an einem (u. U. benachbarten, § 604 C I) Orte zugestellt wird, in dem das Gerichtsgebäude (ganz oder zum Teil) liegt (§ 603 A I b); auf den Bezirk des Prozeßgerichts kommt es insoweit nicht an, gleichviel ob der Gerichtsbezirk sich auf diesen Teil erstreckt oder nicht; C II b 1

auf drei Tage, wenn an einem Orte zugestellt wird, der im Bezirke des Landgerichts liegt (oder einem solchen Orte benachbart ist, § 604 C I); ist das Prozeßgericht ein Amtsgericht, so wird der Bezirk des Landgerichts genommen, das diesem Amtsgericht übergeordnet ist; C II b 2

auf eine Woche in den übrigen Fällen bei der Zustellung im Gerichtsinlande (§ 12 A II a 1), auch bei öffentlicher Zustellung; C II b 3

nur **bei der Zustellung im Auslande** (zu dem jetzt auch die DDR gehört) bleibt es bei der Vorschrift der §§ 262 II, 499 II (doch ist die durch Aufgabe zur Post Zustellung im Inlande, auch wenn der Brief an einen Ort des Auslands adressiert worden ist, § 175 B). C II b 4

Im erstinstanzlichen Verfahren werden ferner die **Ladungsfristen** (§ 217) entsprechend den Einlassungsfristen abgekürzt, sofern sie sonst nicht kürzer sind (§ 604 II 2), wobei es nicht darauf ankommt, wo die Klage zuzustellen war, sondern darauf, wo es die Ladung ist, d. h., C II c

die Frist beträgt **vierundzwanzig Stunden**, wenn am (u. U. benachbarten, § 604 C I) Ort, der Sitz des Prozeßgerichts ist, zugestellt wird (gegen drei Tage nach § 217); C II c 1

drei Tage, wenn an einem Ort, der wenigstens zum Teil zum Bezirk des (u. U. übergeordneten) Landgerichts gehört (u. U. diesem benachbart ist — § 604 C I), zugestellt wird, auch in Landgerichtsprozessen (gegen eine Woche nach § 217); C II c 2

im übrigen gilt § 217, d. h. es gilt in Anwaltsprozessen (§ 78 I) die Frist von einer Woche, in anderen Prozessen (d. h. in Amtsgerichtsprozessen) die von drei Tagen, in Meß- und Marktsachen (§ 30) die von vierundzwanzig Stunden. C II c 3

In den höheren Instanzen sind die Einlassungs- und Ladungsfristen in gleicher Weise abgekürzt. C III

Die **Einlassungsfrist** wird in den höheren Instanzen (§§ 520 II, 555 II i. V. m. § 262) in derselben Weise wie bei der ersten Instanz bemessen (§ 604 III und § 604 C II b). Bei der dreitägigen Frist wird es dabei wieder auf den Landgerichtsbezirk abgestellt, an dem das Obergericht seinen Sitz (§ 603 A I b) hat; doch genügt auch hier ein benachbarter Ort, der in den Bezirk hineinragt (§ 604 C I). C III a

Für die **Ladungsfrist** gilt das entsprechende wie für die Einlassungsfrist. Je nachdem, wohin zu laden ist, kann deshalb praktisch die Frist für die höhere Instanz kürzer sein als für die untere. C III b

§ 605 (—)

(1) Soweit es zur Erhaltung des wechselfähigen Anspruchs der rechtzeitigen Protesterhebung nicht bedarf, ist als Beweismittel bezüglich der Vorlegung des Wechsels der Antrag auf Parteivernehmung zulässig.

(2) Zur Berücksichtigung einer Nebenforderung genügt, daß sie glaubhaft gemacht ist.

eingef. Nov. 98; I: Nov. 33.

A	Zahlungstag	III	Beweis der Vorlegung
I	Protest	B	Nebenforderungen
II	Beweislast des Akzeptanten		

Gezahlt wird auf grund des vorgelegten Wechsels, wobei sich der Zahlungstag nach WechselG Art. 38 bestimmt (vgl. zu WechselG Art. 38 III die VO über die Abrechnungstellen im Wechsel- und Scheckverkehr vom 10. 11. 53 [BGBl. I 1521, 1542]). A

Wird der Wechsel **nicht rechtzeitig** vorgelegt und bei Nichtzahlung nicht rechtzeitig protestiert, so gehen die Wechselrechte gegen alle Wechselverpflichteten mit Ausnahme der gegen den Akzeptanten verloren (WechselG Art. 53). Bei der Rückgriffklage mangels Zahlung gegen alle anderen als gegen den Akzeptanten (WechselG Art. 43 folg., ScheckG Art. 44 folg.) gehört der Nachweis der verweigerten Zahlung zum Klagegrunde, der durch den Protest — also urkundlich — zu führen ist (WechselG Art. 44 — vgl. ScheckG Art. 40). Soweit dies nicht möglich ist, ist diese Klage unbegründet (nicht unzulässig: RG v. 30. 10. 99 VI E 44/121 [122 f.]). A I

§ 605

5. Buch: Urkunden- und Wechselprozeß

A II

Nur wo es dieser Protestierung nicht bedarf (WechselG Art. 46 I), also **gegen den Akzeptanten**, muß der Beklagte die Nichtinnehaltung der Frist beweisen (WechselG Art. 46 II 2 bzw. ScheckG Art. 43 II 2), soweit er auf Zahlung im Regreßwege in anspruch genommen wird (der Beweis, daß die Frist eingehalten worden ist, gehört also nicht zum Klagegrunde), was durch Urkunden oder Parteivernehmung bewiesen werden darf (RG v. 16. 1. 83 III E 8/66 folg., OLG Stuttgart Seuff. 51/128, Celle Seuff. 53/110, § 595 II). Bei Sichtwechsel ersetzt die Klageerhebung die Vorlegung (RG v. 16. 1. 83 III E 8/66 [69]; a. M. OLG Hamburg 18/87).

A III

Der Kläger muß aber die **Vorlegung nachweisen**, soweit er Verzugszinsen vom Verfalltage oder von der Vorlegung an fordert. Nur für diesen Fall greift § 605 I im Verhältnis zu § 592 erleichternd ein, indem er sich mit dem Antrag auf Parteivernehmung begnügt (und im Säumnisfalle gilt diese Behauptung entgegen § 597 II als unstreitig: KG OLG 20/330). Soweit diese Forderungen als Nebenforderungen geltend gemacht werden, wie in der Regel, fallen sie zugleich unter § 605 II.

B

Nebenforderungen (Zinsen: WechselG Artt. 48 I 1, 2, 49 I 2, ScheckG Artt. 45 I 2, 46 I 2; Protestkosten: WechselG Art. 48 I 3 und die der gleichbedeutenden Fristbescheinigung: ScheckG Art. 45 I 3; die Benachrichtigungskosten: WechselG Art. 48 I 3, ScheckG Art. 45 I 3 bzw. die Auslagen: WechselG Art. 49 I 3, ScheckG Art. 46 I 3 sowie die Provision: WechselG Art. 48 I 4, 49 I 4, ScheckG Artt. 45 I 4, 46 I 4; die unter WechselG Art. 52 II genannten Spesen) sind entweder durch Urkunden zu belegen (§ 592 C III b) oder ihre Entstehung ist glaubhaft zu machen (§ 294) nach § 605 II. Nur soweit sie davon abhängen, ob der Scheck oder der Wechsel vorgelegt worden ist, darf dies auch durch den Antrag auf Parteivernehmung (also entgegen § 294 II) bewiesen werden (OLG Frankfurt 10/361, Jena ThürBl. 48/77); in diesem Falle bedarf es deshalb bei Säumnis des Beklagten keiner Glaubhaftmachung.

Dem entsprechend darf auch der Beklagte sich der entsprechenden Beweismittel bedienen, doch genügt auch seine Gegenglaubhaftmachung; im Nachverfahren ist trotz der Glaubhaftmachung nach § 605 II der volle Beweis zu fordern.

§ 605 a (—)

(1) Werden im Urkundenprozeß Ansprüche aus Schecks im Sinne des Scheckgesetzes geltend gemacht (Scheckprozeß), so sind die §§ 602 bis 605 entsprechend anzuwenden.

eingef. G v. 14. 8. 33; Bek. 50.

A Kennzeichnung der Scheckklage	II scheckmäßige Ansprüche
I Anwendung der Normen des Wechselprozesses	B bestätigte Schecke

A

Die Bestimmung galt ursprünglich auf Grund des ScheckG 1908 § 28 III. Die **Bezeichnung** „Klage im Wechselprozeß“ reicht aus (RG v. 21. 5. 19 V E 96/100 [101], vgl. im übrigen § 604 C).

A I

Es gilt all das, was **in bezug auf den Wechselprozeß** gesagt worden ist (§ 602 A I) entsprechend. Über benachbarte Orte im Scheckverkehr nach ScheckG Art. 55 III vgl. § 604 C I. Über den Beweis der Vorlegung (ScheckG Art. 29) vgl. § 605 A III. Über Nebenforderungen vgl. § 605 B.

A II

Im besonderen muß es sich auch **um scheckmäßige Ansprüche**, wenigstens mittelbarer Art (§ 602 B II a) handeln. Im Unterschied zum Wechselrecht gibt es im Scheckrecht grundsätzlich keine Annahme (ScheckG Art. 4), und der Scheck darf nicht auf den Aussteller gezogen werden, abgesehen von dem Falle des ScheckG Art. 6 III, während das Indossament auf den Bezogenen — von diesem Falle des ScheckG Art. 6 III abgesehen — als Quittung gilt (ScheckG Art. 15 V).

B

Anders ist dies nur bei bestätigten Schecks der Bundesbank, nach G v. 26. 7. 57 (BGBl. I 745) § 23 V sind die sich daraus ergebenden Ansprüche als Wechselsachen zu behandeln.

Sechstes Buch.

Familiensachen. Kindschaftsachen. Unterhaltsachen. Entmündigungsachen.

Erster Abschnitt.

Verfahren in Familiensachen.

Erster Titel.

Allgemeine Vorschriften für Ehesachen.

§ 606 (568, 606 I a. F., 606 a)

(1) Für Verfahren auf Scheidung, Aufhebung oder Nichtigerklärung einer Ehe, auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe zwischen den Parteien oder auf Herstellung des ehelichen Lebens (Ehesachen) ist das Familiengericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk die Ehegatten ihren gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt haben. Fehlt es bei Eintritt der Rechtshängigkeit an einem solchen Aufenthalt im Inland, so ist das Familiengericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk einer der Ehegatten mit den gemeinsamen minderjährigen Kindern den gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Ist eine Zuständigkeit nach Absatz 1 nicht gegeben, so ist das Familiengericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk die Ehegatten ihren gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt zuletzt gehabt haben, wenn einer der Ehegatten bei Eintritt der Rechtshängigkeit im Bezirk dieses Gerichts seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Fehlt ein solcher Gerichtsstand, so ist das Familiengericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk der gewöhnliche Aufenthaltsort des Beklagten oder, falls ein solcher im Inland fehlt, der gewöhnliche Aufenthaltsort des Klägers gelegen ist. Haben beide Ehegatten das Verfahren rechtshängig gemacht, so ist von den Gerichten, die nach Satz 2 zuständig wären, das Gericht ausschließlich zuständig, bei dem das Verfahren zuerst rechtshängig geworden ist; dies gilt auch, wenn die Verfahren nicht miteinander verbunden werden können. Sind die Verfahren am selben Tage rechtshängig geworden, so ist § 36 entsprechend anzuwenden.

(3) Ist die Zuständigkeit eines Gerichts nach diesen Vorschriften nicht begründet, so ist das Familiengericht beim Amtsgericht Schöneberg in Berlin ausschließlich zuständig.

Überschrift: G v. 19. 8. 69, v. 14. 6. 76, v. 29. 7. 76.

Nov. 98, 1. DVO EheG, 4. DVO EheG, GleichberechtigungG v. 18. 6. 57, 1. EheRG v. 14. 6. 76.

A	Prozesse unter Beteiligung der Öffentlichkeit	5	fünfter bis zwölfter Titel
I	historisches Recht	6	zweiter Abschnitt
a	geistliche Gerichtsbarkeit	c	drittes Buch
b	staatliche Eingriffe	1	erster Abschnitt
II	Eheverfahren	2	zweiter Abschnitt
a	Besonderheiten	3	dritter Abschnitt
1	für alle Eheverfahren	d	viertes Buch
2	für die verschiedenen Arten	e	fünftes, siebentes, neuntes, zehntes Buch
b	Inhalt der Normen außerhalb der ZPO	f	achtes Buch
III	allgemeine Normen	g	arbeitgerichtliches Verfahren
a	erstes Buch	IV	Ehefolgesachen
1	erster Abschnitt	V	Überleitungen
2	zweiter Abschnitt	a	persönlicher Bereich
3	dritter Abschnitt	1	Ausklammerung
b	zweites Buch	2	Unterhaltfolgen
1	erster Abschnitt, erster Titel	3	bei nichtigen und aufgehobenen Ehen
2	zweiter Titel	b	Entscheidung ab 1. 7. 77
3	dritter Titel	1	Rückwirkung bei Arbeitsunfällen
4	vierter Titel	2	Behandlung anhängiger Ehesachen

- VI westberliner Regelung
 - a Abweichungen vom Bundesrecht
 - b Divergenzen
 - 1 berliner Ehen
 - 2 Grenze der Abweichungen
 - c verfahrensrechtliche Änderungen
- VII Rückwirkungen
 - a für alte Eheurteile
 - 1 Bestehenbleiben
 - 2 Befreiungen
 - b klageabweisende Erkenntnisse
 - 1 westberliner Recht
 - 2 Auslandsurteile
- B Begriff der Ehesache
 - I Verfahren
 - a auf Scheidung
 - 1 Wesen
 - 2 Klage und Widerklage
 - 3 negative Feststellung
 - 4 Trennung von Tisch und Bett
 - 5 Schuldfeststellungsergänzung
 - 6 Auswechslung der Scheidungsgründe
 - b auf Aufhebung
 - 1 zwei Gruppen
 - 2 Klage und Widerklage
 - 3 negative Feststellung
 - 4 keine Nichtigkeitwirkung
 - c auf Nichtigkeitserklärung
 - 1 zwei Gruppen
 - 2 Klage und Widerklage
 - 3 negative Feststellung
 - 4 ausländischer Rechtsgrund
 - 5 nach dem Tod eines Gatten
 - d auf Feststellung
 - 1 Nichtbestand
 - 2 ausländisches Recht
 - 3 Abgrenzung
 - II auf Herstellung
 - 1 unzulässige
 - 2 keine Ehestreite
 - III bei nachträglicher Eheschließung
 - a Zuständigkeiten
 - b Folgen der Unzuständigkeit
 - IV Ehestreit als Vorfrage
 - a über Bestand oder Nichtbestand der Ehe
 - b nicht sonst
 - C Prozeßbedingung der Zuständigkeit
 - I § 606 (= § 606 I a. F.)
 - a ausschließliche örtliche und sachliche Zuständigkeit
 - 1 gemeinschaftlicher Aufenthaltsort
 - 1 a Aufenthaltsort mit gemeinschaftlichen minderjährigen Kindern
 - 2 letzter gemeinschaftlicher Aufenthaltsort
 - 3 inländischer Aufenthalt der beklagten Partei
 - 4 inländischer Aufenthalt der klagenden Partei
 - 5 AG Berlin
 - 6 bei mehreren Klagen um dieselbe Ehe
 - b bindende Reihenfolge
 - c erweiterte Zuständigkeit für Widerklagen
 - d rechtskräftige Verstöße
 - II Verhältnis zu ausländischen Entscheidungen
 - III DDR-erkenntnisse
 - a Modifikation
 - 1 durch Staatsbürgerrecht der DDR
 - 2 keine Beseitigung der deutschen für das Inland
 - 3 Anerkennung der DDR-Entscheidungen
 - b Ausschuß des § 606 III
 - D Ablehnung durch Justizverwaltung als Gerichtsstandgrund
 - E Mehrstaatler

Stichworte §§ 606—606 b;

(die ohne Paragrafenzahl gehören zu § 606).

- Anerkennung ausländischer Eheurteile C I, II; 606 a C II c
- Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft B I a 4; 606 b C III c 1; b 1
- bei Auslandsaufenthalt 606 a C II c 2, 3
- Deutsche als Beteiligte 606 a C II c 2, 3
- Feststellungsklage B I d 2; 606 a C II c, 1; 606 b C III b 1
- bei Inlandsaufenthalt 606 a C II c 2, 3
- durch Justizverwaltungsbehörden 606 a C II c, 1; 606 b C III b 1
- maßgeblicher Zeitpunkt
- Fixierung der ausländischen Zuständigkeit nach Inlandsrecht 606 a C II c 2
- des Erwerbs oder Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit während Auslandsverfahren 606 a C II c 2
- Nichtigkeit 606 a C II c, 1; 606 b C III b 1
- Scheidung 606 a C II c, 1; 606 b C III b 1
- Anerkennung der Urteile geistlicher Gerichtsbarkeit A I a
- Anfechtungsgrund 606 b E II a, b 1
- wegen persönlicher Eigenschaft 606 b E II b
- Anpassung
- rechtskräftiger Entscheidungen an neues Eherecht 606 b D
- rechtskräftiger Urteile auf Grund Haager Abkommen 606 b D I
- inländischer Übergangsbestimmungen gemäß EheG 38 §§ 86 folg. 606 b D II
- Anwaltskostenvorschuß A III a 2
- Armenrecht A III a 2
- Aufenthaltsort, gewöhnlicher (vgl. „Wohnsitz“)
 - andere Aufenthaltsorte C I a 1
 - mehrfache C I a 1
 - Verhältnis zum Wohnsitz C I a 1
- Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (Trennung von Tisch und Bett) B I a 4
- bei Anwendbarkeit in- und ausländischen außerprozessualen Rechts 606 b E I d
- Aufhebungsgrund 606 b E I b 2, II a, b 1
- keine negative Feststellungsklage B I b 3
- Aufhebungsklage B I b
- Gerichtsstand gemäß § 606 III 2: 606 b C III b 2
- Gründe B I b
- Verhältnis zur Nichtigkeitsklärung B I b 4
- Schuldausspruch B I b, 1
- Staatsangehörigkeit für Anwendung außerprozessualen Rechts 606 b E II

- Wirkung wie Scheidungsklage mit besonderen Gründen B I b
 Zulässigkeit der Klage und Widerklage B I b 2
 Zuständigkeit nach § 606 III 2 und Mitschuldantrag dagegen C I c
- Aufrechterhaltung der Ehe
 Rechtsmittel ohne Beschwer A III c
 ausländisches Eherecht vgl. „Eherecht“
 Aussetzung des Verfahrens A III a 3
 wenn Ehefrage Gegenstand des Vorprozesses B IV a
 außerprozessuales Eherecht vgl. „Eherecht“
- Beklagter 606 a C II b 8
 Berlin A VI
 Berufung A III c 1
 Beschwer, fehlende A III c
 Beschwerde A III c 3
 Bestätigung des Urteils A III c
 Beweisaufnahme, Beweismittel A III b 5
 Bewilligung des Armenrechts 606 b C III c 5
- DDR Angehörige C III, 606 a B II
- Ehefeststellungsklage
 Anwendungsbereich B I d
 bei Nichtbestand, Berührung des Partners B I d 1
 bei Bestand, Leugnen des Partners B I d 1
 bei Beurteilung nach Auslandsrecht B I d 2
 als Ehesache B I d 3
 Gerichtsstand des § 606 III 2: 606 b C III b 2
 Bedeutung der Staatsangehörigkeit für Anwendbarkeit außerprozessualen Rechts 606 b E IV
 Wirkung der Feststellung des Nichtbestandes B I d 2
- Ehefolgesachen A IV
 Eheprozeß als Vorfrage in anderen Verfahren
 Entscheidung
 über den Bestand B IV a
 nach BGB §§ 1933, 2077 I, 2268, 2279 im Drittprozeß B IV b
 im Eheprozeß B IV
 keine Entscheidung im Vorprozeß über Nichtigkeits-, Aufhebungs-, Scheidungsgründe B IV b
 im Erbstreitverfahren B IV a
 keine Inzidentfeststellungsklage B IV a
- Eherecht, außerprozessuales; Anwendbarkeit 606 b E, I
 Aufenthaltsortsrecht 606 b E I c 1
 für Aufhebungs-, Nichtigkeits-, Feststellungsklage 606 b E II, III, IV
 Anerkennung der Ehe nach Auslandsrecht 606 b E II a
 Inlandsrecht durch Form bestimmt 606 b E II a
 Personalstatut der beteiligten Parteien 606 b E II b
 bei mehrfacher Staatsangehörigkeit 606 b E II b 1
 bei Staatenlosigkeit 606 b E II b 2
 bei wechselnder Staatsangehörigkeit 606 b E II b
 Auflösung der Ehe des im Inland für tot erklärten Ausländers 606 b E II c
 ausländisches Recht (vgl. „inländisches und ausländisches Recht“) 606 b E II d
 Dahingestelltbleiben, ob Auslands- oder Inlandsrecht anzuwenden 606 b E VII
 bei rechtskräftiger Entscheidung entgegen den Vorschriften des § 606 II, III, EG BGB Art. 14, 17, 13: 606 b E VI
 bei Wiederverheiratung 606 b E VI a
 bei Wirksamkeit der Ehe im Inland 606 b E VI b
 bei Herstellungsklage 606 b E V
 Auslandsrecht 606 b E V b
 Inlandsrecht 606 b E V a
- inländisches (vgl. „inländisches und ausländisches“) 606 b E I b
 wenn Kläger Deutscher 606 b E I b 2
 bei mehrfacher Staatsangehörigkeit 606 b E I b 3
 bei Verweisung darauf 606 b E I b 1
 inländisches und ausländisches Recht 606 b E I d
 Erkenntnis auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft 606 b E I d
 Inlandsrecht 606 b E I b
 Schuldausspruch 606 b E I d
 zusätzliche Anwendbarkeit inländischen Rechts 606 b E I a 2
 für Scheidungsklage 606 b E, I
 zusätzliche Anwendbarkeit inländischen Rechts 606 b E I a 2
 Verbindlichkeit der Staatsangehörigkeit 606 b E I a
 Wechsel der Staatsangehörigkeit 606 b E I a 1
 wenn beide Gatten keine Staatsangehörigkeit haben 606 b E I c
 Staatenlosigkeit beider Gatten 606 b E I c, 1—4
 bei Staatenlosigkeit während Prozesses 606 b E I c 2
 Staatsangehörigkeit, frühere 606 b E I c 4
 Verlust der ursprünglichen 606 b E I c 3
 Recht des Wohnsitzes 606 b E I c 1
 Zeitpunkt 606 b E I a 1
- Ehesache (vgl. „Verfahrensregeln“)
 Aufhebungsklage B I b
 Begriff B
 Feststellungsklage B I d, 3
 Herstellungsklage B I e
 Inhalt B I
 Nichtigkeitklage B I c
 Scheidungsklage B I a, 1, 2, 3, 4, 5
 Verfahren nach Tod des einen Gatten B I a 5
 als Vorfragen in anderen Prozessen B IV
- keine Eheverfahren:
 einstweilige Anordnungen gemäß §§ 627 folg.: B III
 Feststellung des Bestandes bei gegebenem Nichtigkeitsgrund nach Tod beider Gatten B I d 3
 Feststellungsklage nach Auflösung durch Tod, Aufhebung oder Scheidung B I d 3
 Härtemilderungsklage nach EheG 46 § 77: B I c 2
 Klagen ohne den Rechtsgrund der Ehe nach durchgeführter Auflösung der Ehe B III
 auf Hausratauseinandersetzung B III
 aus Verlöbnis B III
 auf Wohnungszuteilung B III
 Namensführungsrecht B I c 2
 auf Rücknahme der im Ausland erhobenen Eheklage B I c 2
 Unterhaltspflicht aus BGB § 1357: B I c 2
 auf Unterlassung der im Auslande betriebenen Eheklage B I c 2
- Einheitlichkeit
 der Entscheidung A III b 2
 der Verhandlung A III b 3
- Entmündigungsverfahren,
 amtsgerichtliches A III a 1, b 6
 Beschwerde A III c 3
- Eventualwiderklage — Mitschuldantrag B I a 2, b 2
 auf Aufhebung B I a 2, b 2
 auf Nichtigerklärung B I c 2
 auf Scheidung B I a 2, b 2
- Feststellungsklage, negative
 über mangelnden Aufhebungsgrund B I b 3
 über Bestand der Ehe B I c 3

über Nichtigkeit B I c 3
 über mangelnden Scheidungsgrund B I a 3
 Flüchtlinge vgl. „Verschleppte“
 Folgesachen A IV
 Formmängel bei Eheschließung, Heilung B I c, 606 b
 E II a
 freiwilliges Gerichtsbarkeitsverfahren
 Scheidungs- und Aufhebungsklage des Staates nach Tod
 des einen Gatten B I a 5
 Fristen A III a 3
 Gegenseitigkeitsverbürgung C III c 4
 geistliche Gerichtsbarkeit A I a
 Zuständigkeit im Ausland 606 b E I d
 Gerichtstand
 in Ehesachen A III a 1
 in Entmündigungsverfahren A III a 1
 Gerichtsstand in Kindschaftsachen A III a 1
 nach § 606 III 2
 für Klage auf Aufhebung, Nichtigkeit, Bestandsfest-
 stellung, Nichtbestandsfeststellung 606 b C III b 2
 Gestaltungsurteil B I a
 Getrenntleben B I a
 Hauptintervention
 in Ehesachen A III a 2
 nicht in Entmündigungsverfahren A III a 2
 in Kindschaftsachen A III a 2
 Heimatloser
 Begriff 606 a C II b 4
 inländische Gerichtsbarkeit 606 a C II b 4, 606 b
 E VI b
 Verlust der Rechtsstellung 606 a C II b 4
 Heimatrecht 606 b E II b 1, III, IV, V b
 Herstellungsklage B I e
 BGB § 1357: B I e 2
 Härtemilderungsklage gemäß EheG 46 § 77: B I e 2
 Namensführungsrecht B I e 2
 Staatsangehörigkeitsrecht 606 b E V
 Auslandsrecht 606 b E V b
 Inlandsrecht 606 b E V a, b
 Unterhaltspflicht B I e 2
 Zulässigkeit B I e 1
 Inhaltsübersicht A II b 1, 2
 Inland
 Begriff 606 a C II a
 DDR 606 a C II a
 Konsulargerichtsbezirk 606 a C II a
 östlich der Oder-Neiße-Linie 606 a C II a
 Saargebiet 606 a C II a
 Anerkennung der Inlandsentscheidung durch Ausland C I,
 606 b C III e
 als Begründung für Zuständigkeit der Inlandsgerichte
 606 b C III, c, 1, 2
 erforderlich — durch alle Behörden des Fremdstaates
 606 b C III c 3
 IRO 606 a C II b 3
 Klageänderung ohne Einwilligung des Gegners A III b 1
 Klage nach G v. 29. 3. 51: B II
 Anwendbarkeit der §§ 631 folg., G v. 29. 3. 51 § 4 III:
 B II
 Unzulässigkeit mangels Voraussetzungen B II b
 Zuständigkeit B II a
 Landgericht des Beurkundungsorts B II a
 Landgericht des inländischen Aufenthaltsortes der
 Frau B II a
 Landgericht des inländischen Aufenthaltsortes des äl-
 testen Kindes B II a

Klage- und Widerklage
 auf Aufhebung B I b 2, C I c
 auf Nichtigkeitserklärung B I c 2
 auf Scheidung B I a 2
 Zeitpunkt der Klageerhebung 606 b E I b 2, c 1
 Klagegrund für Scheidungsklage
 zusätzliche Anwendung inländischen Rechts 606 b
 E I a 2
 Zeitpunkt der Wirksamkeit 606 b E I a 1
 Klageverbindungen B I, b 2, c 2
 Klageverzicht A III b 2, c
 Nichteinwirkung bei Nichtigkeit und negativer Feststel-
 lungsklage A III b 2
 Wirkung auf Erhebung einer Widerklage A III b 2
 Kostenregelung — Schuldzuerkennung A II c, III a 2
 Kostensicherheit 606 b C III c 5
 Ladungen A III a 3
 matrimonium claudicans 606 b E VI b
 Mitschulantrag
 gegenüber Aufhebungsklage B I b 2, C I c
 gegenüber Nichtigkeitsklage B I c 1
 gegenüber Scheidungsklage 606 b E I b 2
 Mitteilung
 der erhobenen Klage
 an Staatsanwaltschaft A II c
 an Religionsgemeinschaften A II c
 über ergangene Urteile
 an Staatsanwaltschaft A II c
 an Standesbeamten A II c
 an Vormundschaftsgericht A II c
 mündliche Verhandlung A III a 3
 negative Feststellungsklage vgl. „Feststellungsklage, nega-
 tive“
 Nichtigkeitgrund B I c, 606 b E I b 2, II a, b 1
 nach Auslandsrecht als Scheidungsgrund B I c 4
 Eventualstellung B I c 2
 im anderen Prozeß, wenn dritter die Gründe kannte
 B IV b
 Wirkung B I c 1
 Nichtigkeitklage, Gründe B I c
 Anwendbarkeit nach G v. 29. 3. 51, § 4 IV: B II
 Auflösung durch Tod bei Doppelheirat B I c 3
 Gerichtstand des § 606 III 2: 606 b C III b 2
 Heilung behebbarer Mängel B I c 3
 negative Feststellung B I c 3
 von beiden Parteien B I c 1
 Schuldaustrich B I c 1
 Staatsangehörigkeit für Anwendung außerprozessualen
 Rechts 606 b E II, III
 nach Tod eines Gatten B I c 5
 Wirkung des Grundes für und gegen beide Parteien
 B I c 1
 Zulässigkeit als Klage und Widerklage B I c 2
 Nichtöffentlichkeit A II c
 Öffentlichkeit A II c
 ordre public 606 b E II d
 Parteien
 in Ehesachen:
 Ehegatten — Staat A III a 2
 in Kindschaftsachen:
 Staat- Ehemann A III a 2
 Mutter — Kind A III a 2
 Eltern — Kind A III a 2
 in Entmündigungsachen:
 Entmündigter — Staat A III a 2
 Antragsberechtigter A III a 2

- Prozessbevollmächtigter A III a 2
 Prozeßfähigkeit in Ehesachen A III a 2
 Prozeßkostenregelung A III a 2
 Prozeßkostenvorschußpflicht des Mannes für die Frau A III a 2
 Prüfung von Gerichts wegen
 Reihenfolge nach § 606 I: C I b
 Staatsangehörigkeit der Gatten 606 b C III c 4
 der Zuständigkeit C
- Quelle A II
- Rechtskraft des Urteils
 Anerkennung eines ausländischen Urteils 606 a C II, 606 b D
 Anpassung der Auswirkungen an neues Eherecht 606 b D
 entgegen außerprozessualen Recht 606 b E VI
 bei Wiederverheiratung 606 b E VI a
 bei auf Inland beschränkter Wirksamkeit der Ehe 606 b E VI b
 bei Entscheidung über den Ehebestand im Drittprozeß B IV a
 gegen § 606: C I d, 606 b E VI
 Recht vgl. „Eherecht“
- Rechtsmittel A III c
 der Partei zur Beseitigung des Urteils A III c
 des Staatsanwalts A III c
- Registrierung der Scheidung 606 b E I d
 Revision A III c 2
- Scheidungsklage B I a
 auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (Trennung von Tisch und Bett) B I a 4
 auf negative Feststellung eines Scheidungsgrundes B I a 3
 mit Schuldausspruch EheG §§ 42, 43: B I a 1
 ohne Schuldausspruch EheG §§ 44, 45, 46, 48: B I a 1
 nach Tod eines Gatten B I a 5
 Widerklage B I a 2
- Schuldfeststellungsergänzungsklage B I a 5
 Schuldzuerkennung A III a 2
 bei Aufhebungsklage B I b, 1
 bei Nichtigkeitklage B I c 1
 Prozeßkosten A III a 2
 bei Anwendbarkeit in- und ausländischen außerprozessualen Rechts für Scheidungsklage 606 b E I d
 überwiegendes und mitwirkendes Verschulden A III a 2
- Sicherheitsleistung A III a 2
- Staatenlosigkeit
 Anerkennung ausländischer Entscheidungen 606 a C II b 7
 Begriff 606 b C III d
 von beiden Gatten Anwendbarkeit außerprozessualen Rechts 606 b E I c
 Eintritt während des Prozesses 606 b E I c 2
 ständige Staatenlosigkeit 606 b E I c 1
 staatliche Mitwirkung in Ehe- und Kindschaftsachen A I b
- Staatsangehörigkeit (vgl. „Staatenlosigkeit“)
 Anerkennung als deutsche Staatsangehörige durch DDR 606 a C II b 5
 Bedeutung für die Anwendbarkeit außerprozessualen Rechts bei der Aufhebungs-, Feststellungs-, Nichtigkeitsklage E II, III, IV
 Auflösung der Ehe des im Inlande für tot erklärten Ausländers 606 b E II c
 Inlandsrechtsanwendung 606 b E II a
 Personalstatut 606 b E II b
 bei mehrfacher Staatsangehörigkeit 606 b E II b 1
 bei Staatenlosigkeit 606 b E II b 2
 bei wechselnder Staatsangehörigkeit 606 b E II b
- Begriff 606 a C II b 1
 durch Eheschließung 606 a C II b 1
 durch Einbürgerung 606 a C II b 1
 Entlassung C I b 1
 auf Antrag, bei Erwerb fremder C I b 1
 Erwerb für fremdländische Frau 606 a C II c 4
 frühere 606 b E I c 4
 fremde 606 a C II b
 durch Geburt 606 a C II b 1
 bei der Herstellungsklage 606 b E V
 Auslandsrecht 606 b E V b
 Inlandsrecht 606 b E V a, b
 durch Legitimation 606 a C II b 1
 Nichtigkeitklage vgl. Unterstichwort „Aufhebungsklage“
 Österreicher, gesetzliche Regelung 606 a C II b 6
 bei der Scheidungsklage 606 b E I a
 Verlust C I b 1
 der Frau 606 b C III b 1
 während des Prozesses 606 b E I c 3
 keiner durch Eheschließung mit Ausländer 606 a C II c 3
- Volksdeutsche durch Einstellung in deutsche Wehrverbände 606 a C II b 1
- Staatsanwaltschaft
 Mitteilung erhobener Eheklage A II c
 Mitwirkung A II b 1
 Rechtsmittel ohne Beschwer in Nichtigkeit- und Feststellungstreitverfahren A III c
 Scheidung und Aufhebung der Ehe nach Tod eines Gatten B I a 5
- Streitgehilfschaft A III a 2
 Streitgenossenschaft, notwendige A III a 2
- Sühneverfahren A II b 1
 bei Aufhebungsklage B I b
 bei Scheidungsklage B I a 3
- Termine A III a 3
- Übergangsrecht A V, VII
 Überleitungen A V
 UNO 606 a C II b 3
 Unterbrechung A III a 3
- Versäumnisurteil A III b 3
 Versäumnung A III a 3
- Verschleppte,
 Gleichstellung mit Deutschen 606 a C II b 3
 Beweis der Betreuung durch IRO 606 a C II b 3
 Beweis des Aufenthalts in BRD 606 a C II b 3
- Volksdeutsche
 Gesetze 606 a C II b 1
 Rechtsprechung 606 a C II b 1
 Staatsangehörigkeit 606 a C II b 1
 Vertriebene 606 a C II b 2
- Vollstreckung wegen Prozeßkosten A III b
- Widerklage
 Prozeßkosten A III a 2
 Zuständigkeit C I c
- Wiederaufnahme des Verfahrens A III d
 Wiedereinsetzung A III a 3
- Wohnsitz
 Recht für Aufhebungsklage 606 b E II b 2
 Recht für Scheidungsklage 606 b E I c 1
- Zugewinn B III
 Zuständigkeit
 bei Anerkennung der inländischen Entscheidung C I

bei Aufhebung, Feststellung des Bestandes, Nichtigkeit C I
 weitergehende Anerkennung nach Recht der DDR 606 a C II b 5
 bei heimatlosen Ausländern 606 a C II b 4
 für Deutsche 606 a C II b 1
 für deutsche Volkszugehörige 606 a C II b 1
 Flüchtlinge 606 a C II b 3
 vertriebene Volksdeutsche C II b 2
 verschleppte Personen 606 a C II b 3
 ausschließlich inländischer Gerichtsstand C I
 Einschränkung 606 b C III
 wenn beide Gatten Ausländer 606 b C III c
 bei Anerkennung der Inlandsentscheidung durch Heimatstaat 606 b C III c 1, 2
 bei gewöhnlichem Aufenthaltsort eines im Inland 606 b C III c
 keine Gegenseitigkeitsverbürgung 606 b C III c 4
 Prüfung der Staatsangehörigkeit von Gerichts wegen 606 b C III c 4
 Zeitpunkt für Zuständigkeit 606 b C III c 4
 bei Staatsangehörigkeitsverlust der Frau 606 b C III b, 1

bei Staatenlosigkeit 606 b C III d
 Inlandsbegriff 606 a C II a
 örtliche C I a
 gewöhnlicher gemeinsamer Aufenthaltsort C I a 1
 gewöhnlicher inländischer der Frau C I a 4
 gewöhnlicher inländischer des Mannes C I a 3
 letzter gemeinsamer inländischer C I a 2
 Fixierung nach § 263 II 2: C I a, b
 Heilung des Mangels C I a, b
 Landgericht Berlin-West C I a 4
 Reihenfolge C I a, b
 als Prozeßbedingung C
 Prüfung von Gerichts wegen C
 sachliche C I a
 der Amtsgerichte in Entmündigungsverfahren A III a 1
 der Landgerichte in Ehesachen A III a 1
 für Widerklage C I c
 bei auf Inland beschränkter Wirksamkeit der Ehe 606 b E VI b
 Zustellungen A III a 3

A

Das 1. EheRG v. 14. 6. 76 (BGBl. I 1421) tritt bzgl. der Änderung des bisherigen Rechts des GVG und der ZPO am 1. 7. 77 (Art. 12 I 13 a) bis auf GVG § 23 c (Art. 12 I 13 c Nr. 6), der ab 16. 6. 76 gilt, in kraft. Die letzte Norm betrifft die Ermächtigung der Landesregierungen (mit Delegation an die Landesjustizverwaltungen) über die Erweiterung der Zuständigkeit der Familiengerichte und Bezirksabgrenzungen. Ab § 511 ist nur das neue Recht im Kommentar berücksichtigt; während bis dahin (und im GVG) noch nach altem Recht im Kommentar bearbeitet ist (die Neuregelung in diesen Teilen wird im Nachtrag berücksichtigt werden). Im einzelnen entsprechen die folgenden Normen der a. F. der n. F., wobei zu bedenken ist, daß über Ehesachen jetzt die Familiengerichte (Amtsgerichte) im landgerichtlichen Verfahren entscheiden (§ 608):

a. F.	n. F.
§ 606	§ 606 (in entsprechender bzw. leicht geänderter Fassung)
§ 606 a	§ 606 a
§ 606 b	§ 606 b
§§ 607—611	entfallen
§ 612	§ 607
	§ 608 verweist auf die landgerichtlichen Verfahrensvorschriften, die auch nach altem Recht zum Zuge kommen.
§ 613	§ 609
§ 614	§ 611
§ 614 a	entfällt
§ 615	§ 610
§ 616	entfällt
§ 617	§ 617
§ 618	§ 612
§ 619	§ 613
§ 620	§ 614
§ 621 (war schon gestrichen)	
§ 622	§ 616
§ 623	entfällt
§ 624	entfällt
§ 625	§ 618
§ 626	§ 615
§§ 627—627 c	§§ 620—620 g
§ 628	§ 619
§§ 629, 630	Neufassungen
(waren gestrichen)	§§ 621—630.

Das **sechste Buch** der Zivilprozeßordnung regelt Zivilprozesse unter Beteiligung der Öffentlichkeit. **A I**
In ihm werden Sonderregeln gegeben, welche vom ordentlichen Verfahren abweichen. Soweit diese indes nicht durchgreifen, gelten die allgemeinen Verfahrensvorschriften.

Diese — vom Standpunkt reiner Zweckmäßigkeitserwägungen aus nicht erforderlichen — Sonderregeln sind aus der **historischen Entwicklung** zu erklären.

Die früher bestehende **geistliche Gerichtsbarkeit** ist im Inlande durch die weltliche abgelöst worden, **A I a**
so daß heute die geistliche vom Staat innerhalb des Inlands nicht mehr anerkannt wird (vgl. GVG § 15 III a. F.); auch nicht über Ausländer, über die in ihrem Lande noch geistliche Gerichtsbarkeit besteht, eine staatlich anerkannte, inländische, geistliche Gerichtsbarkeit (RG v. 15. 2. 26 IV E 113/38 [41], v. 21. 2. 25 IV Warn. 133 für das berliner Rabbinatkollegium).

Umgekehrt steht aber der Anerkennung ausländischer Urteile etwa nicht entgegen, daß sie von einer ausländischen, geistlichen Gerichtsbarkeit ausgehen, wenn diese nur in dem betreffenden Ausland als solche anerkannt wird. Wo aber wieder der betreffende ausländische Staat die geistliche Gerichtsbarkeit nicht anerkennt, kann sie auch im Inlande nicht anerkannt werden. Über die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen vgl. § 328 F; über die inländischer Entscheidungen im Ausland vgl. § 606 b C III e.

Die Regelung der im sechsten Buch bezeichneten Verfahren zeigt stark die **öffentliche (staatliche)** **A I b**
Einmischung in die Lebenskreise der Individuen, so daß manche dafür halten, diese Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuzuweisen; doch sind es echte Streitverfahren, und eher sollte man die Einmischung des Staates in den beiden ersten Abschnitten des sechsten Buches ausschließen, denn seinen Einfluß verstärken. Auf dem Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird nur über den Anfechtungsantrag nach Tod des Kindes bzw. dem des Mannes entschieden (BGB § 1599 II). Praktisch ist die Mitwirkung des Staates in Ehesachen, wo er nicht Partei ist, bedeutungslos. Vereinbarten Scheinprozessen unter Ehegatten steht der Staat ohnmächtig gegenüber. Wollte er versuchen, sich ihnen entgegenzustellen, so würden zur Beseitigung dieses Widerstands Handlungen begangen werden, die dem Gesetz genügen würden, wie dies früher häufig geschah.

In Kindschaftsachen kämpft meist die Mutter gegen den Vater; sind beide einig, so wird der Staat nichts Gegenteiliges erreichen (soweit nicht noch ein dritter — etwa der Ehegatte der Mutter bzw. des Vaters — im Spiel ist). Auch hat hier in den Regelfällen der Staat einen hinreichenden Einfluß dadurch, daß für das Kind ein Pfleger (das Jugendamt) bestellt wird. Und selbst im Entmündigungsverfahren ist in aller Regel nicht der bürokratische und deshalb schwer bewegliche Staat, sondern es sind andere Personen die treibende Kraft; nur bei amtsgerichtlichen Verfahren auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche kommt seinem Treiben noch eine gewisse Kraft zu.

Man sollte deshalb rechtspolitisch, soweit wie möglich, den Staat aus seiner schlechten Rolle, die er in diesen zivilprozessualen Verfahren spielt, herausnehmen. Zwar hat das 1. EheRG die Stellung der Staatsanwaltschaft zurückgedrängt, hat aber das Eindringen des Richters in die persönliche Sphäre der Individuen verstärkt, womit im Grunde für die Freiheit der einzelnen nichts gewonnen ist.

Der **erste Abschnitt** des sechsten Buches regelt das Verfahren in Familiensachen; über die historische **A II**
Entwicklung vgl. 1. Aufl. und FamilienrechtänderungG v. 11. 8. 61 (BGBl. I 1221), wonach nur noch Teile der 1. DVO EheG, solche der AVOBZ und die 6. DVO bestehen geblieben sind. Über die weiteren Änderungen und Aufhebungen dieser Gesetze vgl. 1. EheRG Art. 11 Nr. 1—3.

Eingefügt wurde der 1. Titel mit den Vorschriften für das Verfahren in Ehesachen, der zweite Titel mit dem Verfahren in anderen Familiensachen, der dritte Titel mit Scheidung und Folgesachen sowie der vierte Titel mit dem Verfahren auf Nichtigerklärung und auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe. Doch erfaßt diese Untergliederung im wesentlichen nur den früheren Bestand der gesetzlichen Regelung.

Die **Besonderheiten des Eheverfahrens** sind unterschiedlich geregelt. **A II a**

So gelten für **alle Eheklagen** nur: §§ 606, 606 a, 606 b I 1 (= 606 I—III 1 a. F.), 607, 609, 611, 612, **A II a 1**
613, 616, 617, 618, 620 folg.;

dagegen für die **Herstellungsklage** nur: §§ 607, 610, 614, 616 II, 620 folg.; **A II a 2**

für die **Scheidungsklage** (die Novellierung spricht von Scheidungsantrag, erfaßt damit aber nur Verfahren, wo die Parteien beide [einvernehmlich] die Scheidung wollen; auch solche Fälle werden unter dem Gesichtswinkel der Klage abgewickelt) nur: §§ 607, 610, 614, 616, 619, 620 folg.;

für die **Aufhebungsklage** nur: §§ 606 b I 2 (= 606 III 2 a. F.), 607, 610, 612, 619, 620 folg.;

für die **Nichtigkeitklage** nur: §§ 606 b I 2 (= 606 III 2 a. F.), 620 folg., 632, 634, 635, 636, 636 a;

für die **Feststellungsklage** nur: §§ 606 b I 2 (= 606 III 2 a. F.), 619, 633, 634, 635, 638 I 2.

A II b

Außerhalb der Normen des ersten Abschnitts des 6. Buches der ZPO steht die Vorschrift, daß in Ehesachen nicht öffentlich verhandelt wird (GVG § 170), doch wird gewohnheitsrechtlich Anwälten der Zutritt gestattet; das Urteil ist öffentlich zu verkünden (GVG § 173), soweit nicht GVG § 172 entgegensteht.

Ferner gibt § 93 a die Kostenregelung für Scheidungs-, Aufhebungs- und Nichtigkeitstreite.

Nichtigkeit erklärende, den Bestand oder den Nichtbestand der Ehe feststellende Urteile sind der Staatsanwaltschaft nach AktenO § 38 V zu übermitteln, die sie dem Standesbeamten mitteilen soll. Über die Mitteilungspflicht des Gerichts (des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle) vom Urteil an den Standesbeamten siehe AktenO § 38 V c, an das Vormundschaftsgericht (FGG § 50), sofern Kinder unter 17 Jahren vorhanden sind.

Die Religionsgemeinschaften sind nach AVJM der Länder (vgl. 1. Aufl.) von der Erhebung einer Eheklage zu benachrichtigen, wenn einer ihrer Angehörigen betroffen wird (dabei handelt es sich aber lediglich um Empfehlungen, die in der Praxis nicht einheitlich befolgt werden).

A III

Die **allgemeinen Verfahrensregeln** gelten in den Verfahrensarten des sechsten Buches der ZPO so weit, wie nicht die besonderen in ihm geregelten unmittelbar oder mittelbar entgegenstehen.

Die Ehe-, Kindschaft- und Entmündigungssachen gehören zu denen nichtvermögensrechtlicher Art (§ 2 A I b 1). Daraus ergeben sich die Besonderheiten, welche schlechthin für die nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten gelten. Andere Familiensachen sind dagegen vermögensrechtlicher Art.

A III a

Das **erste Buch** (Allgemeine Bestimmungen) der ZPO gilt mit Modifikationen.

A III a 1

Aus **dem ersten Abschnitt** (Gerichte) des ersten Buches der ZPO gelten vom ersten Titel (sachliche Zuständigkeit der Gerichte) nur §§ 1, 10, 11. Sachlich ausschließlich ist in den Entmündigungsverfahren zunächst das AG zuständig (§§ 645 I, 680 I); in den Ehesachen sind sie als Familiengerichte (GVG § 23 a I 4, § 23 b I 1), ebenso in Kindschaftstreiten (GVG § 23 a I 1, § 23 b I 2—4); im übrigen sind sachlich ausschließlich die Landgerichte (Zivilkammern) zuständig, bei Anfechtungsklagen und Wiederaufhebungsklagen im Entmündigungsrecht §§ 665, 684 IV, 679 IV, 686 IV). Klageverbindungen mit nichtvermögensrechtlichen Streiten sind unzulässig (§§ 610, 633, 640 II, 667, 679 IV, 684 IV, 686 IV), so daß §§ 2—9 nicht anwendbar sind.

Vom zweiten Titel (Gerichtsstand) sind §§ 12—32, 34 entweder durch § 606 ersetzt oder kommen sonst nicht zum Zuge. § 12 ist in Ehesachen durch § 606 ersetzt worden, in Kindschaftsachen gilt noch ein weiterer Gerichtsstand nach § 642 I 2, im Entmündigungsverfahren gelten die Modifikationen der §§ 648, 680 III; 676, 685. §§ 17—19 sind unanwendbar, weil der Gerichtsstand in den Verfahren des sechsten Buches nicht nach einer juristischen Person bestimmt wird; §§ 20, 21, 23—28, 30—32, 34, weil sie vermögensrechtliche Streitigkeiten betreffen; § 22 kommt nicht in Betracht, § 29 ist ersetzt. § 33 gilt in Ehe- und Kindschaftsachen (soweit hier Widerklagen zulässig sind, §§ 610, 640 II), in Entmündigungstreiten dagegen nicht (§§ 667, 679 IV, 684 IV, 686 IV). §§ 35, 36 I 1, 2, 5, 6 (nicht dagegen 3, 4), 37 sind anwendbar.

Der dritte Titel kommt nicht zum Zuge (§§ 38—40; vgl. auch § 40 II, 528, 566). Dagegen gilt der vierte Titel (§§ 41—49) ohne Einschränkung.

A III a 2

Auch der **zweite Abschnitt** (Parteien) des ersten Buches der ZPO wird modifiziert.

Als Parteien (§ 50 B) kommen nur die Ehegatten, der Staat (vertreten durch den Staatsanwalt nach §§ 634, 638 in den Fällen der Nichtigkeit- und Feststellungsklagen) sowie der frühere Gatte (EheG § 24) in dem Falle des EheG § 20 in betracht, nicht (mehr) sonstige dritte.

In den Kindschaftsachen kommen als Klageparteien (vgl. über die Beteiligten im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit BGB § 1599 II) bei Anfechtungsklagen der Ehemann, die Mutter und das Kind, im übrigen nur Kind und Eltern in betracht (§ 640 B); in Entmündigungstreiten und Anfechtungsklagen der Entmündigte, der Staat bzw. die Antragsberechtigten.

Die allgemeinen Regeln über die Prozeßfähigkeit (§§ 51 folg.) werden in Ehesachen durch § 607 modifiziert (§ 607 A, B), in Kindschaft-, Kindesunterhalt- und Entmündigungssachen gelten sie unmittelbar (über das Verfahren vor dem Amtsgericht in Entmündigungssachen vgl. § 645 B I b); § 58 ist unanwendbar.

Der zweite Titel des zweiten Abschnitts (Streitgenossenschaft) wirkt ebenfalls nur beschränkt. Eine notwendige Streitgenossenschaft (§ 62 A) besteht in Ehesachen, wenn eine Nichtigkeitsklage gegen beide Ehegatten oder auch von dem Staat (sanwalt) und einem Ehegatten gegen den anderen oder eine solche Feststellungsklage erhoben wird (soweit dies zulässig erscheint); im Entmündigungsverfahren zwischen den mehreren Antragstellern (§ 645 B I b). Eine einfache Streitgenossenschaft gibt es nicht (wegen des Verbots der Klageverbindungen, vgl. § 610 A II).

Vom dritten Titel des zweiten Abschnitts (Beteiligung dritter am Rechtsstreit) wird eine Hauptintervention (§ 64) in Ehesachen schwerlich in betracht kommen (denkbar ist sie aber, wenn es bei einem mehrfach

Verheirateten um den Bestand einer bestimmten Ehe geht), auch in Kindschaftsachen ist sie möglich, aber nicht in Entmündigungstreiten (§ 645 B I b).

Streitgehilfenschaft (§§ 66 folg.) in Ehe- und Kindschaftsachen ist denkbar (über die in Endmündigungstreiten vgl. § 645 B I b), selbständige Streithilfe (§ 69 A) ist denkbar in den Fällen der Nichtigkeit- und Feststellungsklage, wenn der Streitgehilfe selbständig klagen darf, im übrigen gibt es nur unselbständige Streitgehilfenschaft, über die bei Entmündigungstreiten vgl. § 645 D I. §§ 75–77 sind unanwendbar.

Der vierte Titel des zweiten Abschnitts (§§ 78–90; Prozeßbevollmächtigte und Beistände) gilt (vgl. aber über den Inhalt der Prozeßvollmacht und der Vertretungsmacht § 609 A).

Der fünfte Titel des zweiten Abschnitts (Prozeßkosten) gilt ebenfalls (§§ 91–107). Besonderheiten des Eheverfahrens sind indes in § 93 a geregelt. Über den Inhalt der alten Regelung vgl. die 1. Aufl..

Soweit ein Ehegatte nicht in der Lage ist, die Prozeßkosten eines Ehescheidungsprozesses aufzubringen, hat er gegen den anderen einen Anspruch auf Leistung des Prozeßkostenvorschusses (BGB § 1360 a IV 1 [nach Billigkeit]). Über die Kosten, wenn eine Gütergemeinschaft besteht, vgl. §§ 1443, 1465. Bei rechtskräftig beendetem Ehestreit gilt allein die gesetzliche Kostenregelung (§§ 91 folg.). Über das Verhältnis in den altrechtlichen Güterständen vgl. 1. Aufl..

Unter den Kostenbegriff fallen dabei die gerichtlichen wie die außergerichtlichen Kosten (RG v. 12. 11. 00 IV E 47/72 f., KG OLG 21/224). Solange die Kosten noch nicht endgültig verteilt sind, darf der Anwalt des bedürftigen Ehegatten sich auch an den anderen halten, wenn er nach BRAGEO § 17 einen Kostenvorschuss fordert, und nach endgültiger Entscheidung kann der Vorschuss nicht vom Anwalt zurückgefordert werden. Auch darf der Ehegatte nach §§ 620 folg. gegen den anderen vorgehen. Im Kostenrecht gilt GKG § 111, bezüglich der Kostenberechnung gibt es die Sondervorschriften für die Gebührenwertfestsetzung (GKG §§ 12 II 3, 19 a, 20 II) wie für Armenanwaltskosten (BRAGEO § 123 II). Die Gerichtskasse kann sich bis zum Wegfall der Haftung des Ehegatten — also bis zur rechtskräftigen Entscheidung — an diesen nach GKG § 99 I 3, BGB §§ 1438 II, 1459 II, 1460 II halten. Im übrigen gibt es für die Gerichtskostengebührenwertberechnungen die Sondervorschriften nach GKG § 9 II, Kostenverzeichnis Nr. 1110–1138 und für einstweilige Anordnungen Nr. 1160–1163.

Der sechste Titel (Sicherheitleistung, §§ 108 bis 113) und der siebente Titel (Armenrecht, §§ 114 I, II bis 127) sind anzuwenden (ohne Erfolgsaussicht im Zeitpunkt der Entscheidung über das Gesuch wird es dem Kläger nicht bewilligt: OLG Tübingen NJW 50/111); wegen der erweiterten Rechtskraftwirkung und der Einheitlichkeit der Verhandlung ist das zu bewilligende Armenrecht aber regelmäßig nicht beschränkbar auf einen Teil des Streites (vgl. § 114 B III b 3).

Der **dritte Abschnitt** (Verfahren) des ersten Buches der ZPO ist modifiziert durch die Eingriffe, welche das Gesetz dem Gericht gestattet. Soweit aber keine Beschränkungen der Parteifreiheit bestimmt sind, gilt er. § 138 I gilt nur als Belastung mit der Behauptungswahrheit (§ 138 B III a); keinesfalls zwingt er die Gegenpartei, dem Kläger Material zu liefern (RG v. 14. 12. 37 VII E 156/265 [269]). **A III a 3**

Aus dem ersten Titel des dritten Abschnitts (mündliche Verhandlung) scheiden für die Prozesse des sechsten Buches regelmäßig aus: §§ 145, 146 (soweit dem die Einheitlichkeit der Verhandlung entgegensteht, vgl. § 611 A; doch muß stets getrennt werden, wenn eine unzulässige Verbindung vorliegt); § 147 (doch muß stets verbunden werden, wenn nur so die Einheitlichkeit der Entscheidung möglich ist) und entsprechend § 150 (doch ist er stets, wenn zu unrecht getrennt oder verbunden worden ist, notwendigerweise anzuwenden). Für die hier in betracht kommenden Prozeßarten gibt es schon im allgemeinen Teil die Sondervorschriften der §§ 151 bis 155 (über die weiteren Aussetzungsfälle vgl. § 614).

Der zweite Titel (Zustellungen, §§ 166 bis 213) gilt (wenn auch die Zustellungen auf Betreiben der Parteien seltener sind als im ordentlichen Verfahren),

ebenso der dritte Titel (Ladungen, Termine und Fristen (§§ 214 bis 229)) und der vierte Titel (Folgen der Versäumung, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, §§ 230 bis 238), nur daß eine Versäumung von Prozeßhandlungen weniger leicht in betracht und § 233 II nicht zum zuge kommt, soweit es kein Säumnisverfahren gibt (vgl. RG v. 9. 7. 06 IV 39/06 N §§ 606 folg./3).

Vom fünften Titel (Unterbrechung und Aussetzung des Verfahrens) gelten §§ 239 (vgl. aber auch die Sonderregelung der §§ 619, 636 bei Ehesachen, FGG § 55 b [GVG § 17 A] in Kindschaftsachen), 241, 244 bis 252 (§§ 240, 242, 243 kommen ihrer Art nach nicht in betracht).

Vom **zweiten Buch** (dem Verfahren erster Instanz) der ZPO gelten eine Reihe von Regeln wegen der Parteibeschränkung einerseits und wegen der erweiterten Rechtskraftwirkung andererseits nicht. **A III b**

Aus dem **ersten Abschnitt** (Verfahren vor den Landgerichten) kommen vom ersten Titel zur Anwendung: §§ 253, 256 (soweit eine Feststellung begehrt wird und zu begehren ist, § 638), 260 (soweit die Klagehäufung zulässig ist); 263, 264, 268 bis 270 (bei Übergang in eine andere Prozeßart, während Klageände- **A III b 1**

rungen in derselben Prozeßart auch ohne Einwilligung des Gegners oder des Gerichts zulässig sind, vgl. § 611 B I a), 267, 271 bis 278 I (während §§ 278 II, 279, 279 a, 283 II nur beschränkt anwendbar sind, vgl. § 611 B I a 3), 281 (nur sehr bedingt, vgl. § 611 B I a 3) bis 283 I, 284 bis 286 (im besonderen gilt etwa bei der Feststellung einer Ehwidrigkeit im Zivilrecht nicht die Regel des StGB § 186, RG v. 21. 12. 11 IV 136/11 N §§ 606 folg./7), 291 bis 296 (vgl. auch § 613 A III c), 297 bis 299; während nicht anwendbar sind: §§ 254, 255, 257 bis 259, 265, 266, 280, 287, 288 bis 290 (abgesehen von dem Zugeständnis ehfreundlicher Tatsachen, vgl. § 617 A III).

- A III b 2** Vom **zweiten Titel** des zweiten Buches der ZPO kommen in betracht: §§ 300, 303, 306 (wobei aber in dem Fall der Nichtigkeitklage wie der negativen Feststellungklage der Verzicht als solcher nicht wirkt; vgl. § 635 A IV, § 306 A III b); der Klageverzicht hindert auch die Erhebung der Widerklage gegen die anhängig gebliebene Klage des Gegners (RG v. 29. 3. 16 V Warn. 144); war indes entgegen § 308 I eine Partei geschieden und für schuldig erklärt, obwohl die andere dies nicht beantragt hatte, so wird sie in der Rechtsmittelinstantz (wenn sie dies genehmigt) so behandelt, wie wenn sie Widerklage erhoben hätte (RG v. 5. 11. 30 IX HRR 31/361). Es gelten ferner §§ 308 II bis 315, 317 II bis IV, 318, 321 (doch beide nur, soweit nicht die Einheitlichkeit der zu treffenden Entscheidung entgegensteht, § 611 A I b 5; also nicht bei übergangener Scheidung- oder Aufhebungswiderklage: RG v. 12. 5. 32 IV LZ 1055, hier hilft nur das Rechtsmittel), 319, 320, 322 (aber mit erweiterter Rechtskraftwirkung in dem Fall des § 616), 328 (vgl. dazu aber § 606 C II c), 329.

Dagegen sind (regelmäßig) unanwendbar: §§ 301 (anders aber, wo die Einheitlichkeit der Entscheidung nicht zu wahren ist, vgl. § 611 A I b), 302, 304, 305, 307 (abgesehen von Feststellungsklagen), 317 I (vgl. §§ 618, 640 I, 659, 662, der aber bei Entmündigung-, Anfechtung- und Aufhebungsklagen gilt), 323, 324, 325 I (der ersetzt ist, § 619 B II), III, IV bis 327. Soweit die Urteile rechtsgestaltend wirken (§ 253 C I b), tritt ihre Wirkung erst mit der Rechtskraft der Entscheidung ein (RG v. 24. 6. 32 VII 16/32 N §§ 606 folg./14, v. 21. 3. 12 IV Warn. 313).

- A III b 3** Der **dritte Titel** (Versäumnisurteil, §§ 330 bis 347) des zweiten Buches der ZPO gilt nur insoweit, wie es wegen der Einheitlichkeit der Verhandlung zu einer solchen Entscheidung kommen darf (§ 611 A I c), und auch dann nur, soweit nicht von gerichts wegen zu prüfen ist (§ 612 B). In den Fällen der Ehenichtigkeit- und Feststellungklage ist § 330 weiterhin durch §§ 635, 638 modifiziert (vgl. § 635 A).

- A III b 4** Die Vorschriften über den **Einzelrichter** im vierten Titel des ersten Abschnitts des zweiten Buches der ZPO (§§ 348, 350) gelten; § 349 kommt nicht zum Zuge.

- A III b 5** Der fünfte bis zwölfte Titel des ersten Abschnitts des zweiten Buches der ZPO (§§ 355 bis 494) gelten mit der Maßgabe, daß die Parteien auch die Beweisaufnahme von Zeugen durch das Gericht nicht verhindern können, soweit das Gericht von sich aus prüfen darf (§ 282 B II a, § 616 B; vgl. im übrigen § 128 B III e).

- A III b 6** Von dem **zweiten Abschnitt** des zweiten Buches der ZPO (Verfahren vor den Amtsgerichten, §§ 495 bis 510 c) kommen nur §§ 495 I, 496, 497, 504, 507, 510 (der selten praktisch werden wird), 510 a neben den sonst in den genannten Verfahren gegebenen Normen (§§ 645 folg.) in betracht, wodurch das allgemeine amtsgerichtliche Verfahren besonders abgewandelt wird.

Nicht anwendbar sind aber §§ 495 II, 498 bis 500, 506, 508, 510 b, 510 c. Jedoch sind in Ehesachen nur die landgerichtlichen Vorschriften anzuwenden, obwohl sie in erster Instanz vor den Amtsgerichten stattfinden (§ 608).

- A III c** Vom **dritten Buch** (Rechtsmittel) der ZPO gelten die Vorschriften, soweit nicht besondere Vorschriften des sechsten Buches entgegenstehen.

Dies gilt einmal von dem Grundsatz der Einheitlichkeit der Entscheidung (§ 611 A) und von der fehlenden Beschwer.

Ohne Beschwer darf der Staatsanwalt als Staatsvertreter Rechtsmittel einlegen in Nichtigkeit- (RG v. 17. 10. 42 IV E 169/401 [403]) und Feststellungstreitverfahren (§ 634 B III; darüber, daß er das Rechtsmittel nur einlegen darf, solange das Urteil nur für eine Partei noch nicht rechtskräftig geworden ist, vgl. RG v. 3. 3. 30 VIII JW 31/1335); nicht aber gegen die Aufhebung- oder Scheidung- (oder Herstellung-)urteile.

Weiter darf der, welcher mit einer Aufhebung- oder Scheidungsklage durchgedrungen ist, gegen das Urteil den Rechtsbehelf oder das Rechtsmittel einlegen zur Beseitigung des Urteils, also zur Aufrechterhaltung der Ehe (RG v. 20. 10. 43 IV DR 44 A 84, v. 20. 6. 42 IV DR A 1342; vgl. auch OLG Kiel HRR 39/1422, wenn jemand von der Scheidung- zur Herstellungsklage übergehen will). Genügt zur Beseitigung des Urteils die Klagerücknahme (§ 271 III), sei es, daß der Beklagte einwilligt, sei es, daß die Einwilligung

nicht erforderlich ist, so brauchte man deswegen zwar das Rechtsmittel nicht zuzulassen (als sich die Rechtsprechung zu dieser Frage entwickelte, gab es dies aber noch nicht); anders ist dies, soweit die Einwilligung des Beklagten erforderlich ist; die nur durch den Verzicht auf den Klageanspruch überspielt werden kann (§ 306 D II a), und dieser kann grundsätzlich nur in der mündlichen Verhandlung mündlich und nur im schriftlichen Verfahren (§ 128 II) auch schriftlich erklärt werden. Hierzu bedarf es also der mündlichen Verhandlung bzw. der Einwilligung im schriftlichen Verfahren vor dem Rechts(behelfs- bzw.)mittelgericht. Deshalb ist das Rechtsmittel in diesem Falle zugelassen worden (RG v. 3. 7. 22 VI 274/22 N §§ 606 folg./5, v. 30. 11. 16 VI LZ 17/462, v. 12. 1. 11 IV 21/10 N §§ 606 folg./5, vgl. auch § 511 B II c 7). Über die Frage, wie das notwendigerweise zu begründende Rechtsmittel zu begründen ist, vgl. § 519 C IV c, RG v. 17. 12. 17 IV E 91/365 (366); es genügt die Erklärung des Klageverzichts. Darüber, daß der das Rechtsmittel ohne Beschwerde Einlegende mit den Kosten belastet wird, vgl. § 97 A II a 2 (RG v. 17. 12. 17 IV E 91/365 [366 folg.]).

Bei dem stattgebenden Urteil über eine negative Feststellungsklage wie bei der Nichtigkeitklage gelten diese Regeln nicht (§§ 635, 306 D II a); für die positive Feststellungsklage, die abgewiesen worden ist, gilt das entsprechende. Die abgewiesene negative Feststellungsklage wie die abgewiesene Nichtigkeitklage lassen ein solches Rechtsmittel ohne Beschwerde nicht zu (vom Staat abgesehen; auch nicht die Entscheidung über die Herstellungsklage).

Nur soweit die Abweisung einer Klage ohne Beschwerde vom Beklagten angreifbar ist, hat er das Rechtsmittel auch in den Fällen, wo die Klage abgewiesen wurde, an stelle für erledigt erklärt zu werden, wie dies der Kläger beantragt hatte (schlechthin spricht dies aus RG v. 24. 6. 32 VII 16/32 N §§ 606 folg./14). In anderen Fällen muß er auch in Ehesachen beschwert sein (vgl. § 511 B II c 7); daß er erst nach Erlaß des Urteils etwas den Gegner belastendes erfährt, rechtfertigt die Einlegung des Rechtsmittels, wenn er obgesiegt hat, nicht (a. M. OLG Dresden JW 36/3480).

Vom **ersten Abschnitt** des dritten Buches (Berufung) der ZPO gelten §§ 511, 512, 513, 514 (RG v. 26. 11. 08 IV E 70/59) bis 516, 517 bis 529 I (II bis IV sind stark modifiziert, § 611 B I a 3), 530, 531 (532, soweit ein Geständnis überhaupt wirkt, vgl. § 617 A II), 533, 536 (vgl. RG v. 26. 10. 33 IV E 143/130, aber auch mit Modifikationen, vgl. § 611 A II b 2), 537, 538 I 1, 2, 5, II, 539, 540, 542 (mit Besonderheiten, vgl. § 612 B I b) bis 544. **A III c 1**

Es gelten nicht §§ 511 a, 512 a, 529 V, 534, 538 I 3, 4.

Revision (§§ 545 bis 566 a) ist nur nach besonderer Zulassung gegeben (§ 546 A I b), sofern nicht ein Fall des § 547 gegeben ist (§ 547 E I a). **A III c 2**

Es gelten sodann §§ 545 I, 546 I, II, 548, 549 I, 550, 551 (über § 551 I 6 vgl. GVG § 170 und § 551 B VI) bis 559, 561 (vgl. aber für die übergangshalber weitere Eröffnung der Revisionsinstanz für Tatsachen nach der Einführung des EheG 38 dessen § 93) bis 566. § 565 II steht der Nachbringung neuer Tatsachen in der wiedereröffneten Tatsacheninstanz nicht im Wege (vgl. § 565 C II a), die weiter gehende Wirkung des § 616 a. F. (RG v. 27. 4. 32 IX 28/32 N §§ 606 folg./12) ist dagegen entfallen.

Dagegen sind unanwendbar §§ 545 II (über die einstweiligen Anordnungen vgl. § 620 A I), 546 III, 547 I 2 (vgl. § 547 E I a), II, 549 II, 560, 566 a.

Der **dritte Abschnitt** (Beschwerde) des dritten Buches der ZPO ist nur soweit anzuwenden, wie die Beschwerde nicht ausgeschlossen ist (vgl. für das amtsgerichtliche Entmündigungsverfahren §§ 664 I, 679 I, 684 I, 686 I). Über die Beschwerden in Folgesachen vgl. § 606 A IV. **A III c 3**

Das **vierte Buch** der ZPO (Wiederaufnahme des Verfahrens, §§ 578 bis 591) gilt uneingeschränkt (darüber, daß nach Zulässigkeit der Wiederaufnahmeklage in der Prozeßart des sechsten Buches zu verfahren ist, vgl. § 590 D I, BGH v. 22. 10. 55 IV NJW 1879). **A III d**

Das **fünfte, siebente, neunte und zehnte Buch** der ZPO gelten nicht. **A III e**

Das **achte Buch** kommt weder in bezug auf die gestaltenden Ansprüche noch auf die Feststellungsklagen zum zuge. Bei der Eheherstellungsklage gilt § 888 II. **A III f**

Eine Vollstreckung kommt also nur wegen der Prozeßkosten in betracht.

Ein **arbeitsgerichtliches Verfahren** ist ausgeschlossen, arbeitsgerichtliche Urteile sind insoweit nichtig. **A III g**

Durch das 1. EheRG neu eingeführt sind die Verfahren in anderen Familienrechtsachen als in Ehesachen, wobei die dahin gehörenden in § 621 I abschließend aufgeführt worden sind, deren Gerichtsstand entsprechend dem Ehegerichtsstand geregelt worden ist (vgl. § 621 II). § 621 a bestimmt ein Mischverfahren zwischen dem freiwilligen und der Zivilgerichtsbarkeit; § 621 b gibt Regeln über die Trennung von amts- und landgerichtlichen Verfahren; § 621 c entspricht § 618. **A IV**

§ 621 d schränkt die Revision weiter gehend ein.

§ 621 e bestimmt ein Beschlußverfahren für sie und verneint das Beschwerde- und weitere Beschwerdeverfahren. § 621 f regelt das Kostenvorschußverfahren in diesen Sachen.

Neu geregelt wurde auch das Verfahren in Scheidung- und Folgesachen.

A V Nach dem Überleitungsrecht

A V a soll für die persönlichen Rechtsbeziehungen der Eheleute nur das neue Recht gelten (1. EheRG Art. 12 Nr. 1).

A V a 1 Ausgeklammert wird eine alte Namensregelung, die vor dem 1. 7. 77 rechtswirksam getroffen wurde (1. EheRG Art. 12 Nr. 2).

A V a 2 Die Unterhaltfolgen aus einer bis zum 30. 6. 77 geschiedenen Ehe bestimmen sich nach altem Recht (1. EheRG Art. 12 Nr. 3 II), wobei auch Unterhaltvereinbarungen unberührt bleiben. Versorgungsausgleichsansprüche (BGB §§ 1587—1587 p) gibt es in diesen Fällen nicht (1. EheRG Art. 12 Nr. 3 III 1).

Die Auseinandersetzungsvorschrift (BGB § 1478) nach der Ehescheidung bleibt für Scheidungen bis zum 30. 6. 77 bestehen (1. EheRG Art. 12 Nr. 4).

Auch für die unter neuem Recht geschiedenen Ehen (also ab 1. 7. 77) sind Versorgungsausgleichsansprüche nach 1. EheRG Art. 12 Nr. 3 III 2 folg. ausgeschlossen worden: Das gleiche gilt für Ehen, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschieden werden, wenn der Ehegatte, der nach den Vorschriften dieses Gesetzes einen Ausgleichsanspruch hätte, von dem anderen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes durch Übertragung von Vermögensgegenständen für künftige Unterhaltsansprüche endgültig abgefunden worden ist oder wenn die nach den Vorschriften dieses Gesetzes auszugleichenden Anwartschaften oder Aussichten auf eine Versorgung Gegenstand eines vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossenen Vertrages sind. Soweit die Vorschriften über den Versorgungsausgleich auch für Ehen gelten, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen worden sind, kann das Familiengericht auf Antrag des Ausgleichsverpflichteten den Ausgleichsanspruch herabsetzen, wenn die Ehe allein wegen des Widerspruchs des anderen Ehegatten (§ 48 Abs. 2 des Ehegesetzes) nicht geschieden werden durfte und die uneingeschränkte Durchführung des Ausgleichs für ihn auch unter Berücksichtigung der Interessen des anderen Ehegatten grob unbillig wäre. Der Ausgleichsanspruch darf um nicht mehr als die Hälfte des auf die Trennungszeit entfallenden gesetzlichen Anspruchs herabgesetzt werden.

A V a 3 Bei für nichtig erklärten oder aufgehobenen Ehen vor dem 1. 7. 77 bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend (1. EheRG Art. 12 Nr. 5); dies gilt auch für § 850 d II (1. EheRG Art. 12 Nr. 9).

A V b Fällt die Entscheidung nach dem 30. 6. 77,

A V b 1 so gibt es die Sondervorschrift für Arbeitsunfälle nach dem 30. 6. 63 nach 1. EheRG Art. 12 Nr. 6 bei geschiedenen Ehen.

A V b 2 Es lautet

1. EheRG Art. 12 Nr. 7

7. Für einen Rechtsstreit in Ehesachen, der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängig geworden ist, gelten die folgenden besonderen Vorschriften:

a) Eine mündliche Verhandlung, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in einem Verfahren auf Scheidung, Aufhebung oder Nichtigerklärung einer Ehe oder auf Herstellung des ehelichen Lebens geschlossen worden ist, ist wieder zu eröffnen.

Ist eine Scheidungssache noch im ersten Rechtszug anhängig, so ist die Sache durch Beschluß zur Fortsetzung oder Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung an das für sie zuständige Familiengericht zu verweisen.

b) Tatsachen, die erst durch dieses Gesetz erheblich geworden sind, können noch in der Revisionsinstanz vorgebracht werden. Das Revisionsgericht verweist die Sache an das Berufungsgericht zurück, wenn bezüglich der neuen Tatsachen eine Beweisaufnahme erforderlich wird.

c) Ist ein Verfahren auf Scheidung, Aufhebung oder Nichtigerklärung einer Ehe bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in der Rechtsmittelinstanz anhängig, so ist, wenn die Ehe aufgelöst wird, in der ersten Entscheidung, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ergeht, über die Kosten des gesamten Verfahrens nach Maßgabe des § 93 a Abs. 1, 3, 4 der Zivilprozeßordnung zu entscheiden.

d) Werden innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Folgesachen der in § 621 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Art anhängig, während die Scheidungssache in der Rechtsmittelinstanz anhängig ist, so wird der Scheidungsausspruch nicht wirksam, bevor nicht über die Folgesachen erstinstanzlich entschieden ist; das Familiengericht kann den Scheidungsausspruch vorher für wirksam erklären, wenn die Voraussetzungen des § 628 Abs. 1 Satz 1 der Zivilprozeßordnung gegeben sind.

e) Ein Verfahren auf Nichtigerklärung einer Ehe auf Grund des § 19 oder des § 22 des Ehegesetzes ist als in der Hauptsache erledigt anzusehen, § 91 a der Zivilprozeßordnung ist entsprechend anzuwenden.

A VI Trotz der Norm des 1. EheRG Art. 3 Nr. 1 S. 2 gilt die Neuregelung auch für Berlin (West), da die Änderungen des EheG durch Anordnung der Alliierten Kommandantur (BKO 76/5 vom 22. 6. 76, GVBl.

S. 1382) übernommen worden sind. Die übrigen Vorschriften des 1. EheRG gelten gemäß Art. 12 Nr. 12 ohnehin auch in Berlin (West).

Eine Rückwirkung des neuen Rechts ordnet an 1. EheRG Art. 12 Nr. 8.

A VII

8. Ein Urteil in einer Ehesache, das auf Grund der bisher geltenden Vorschriften ergangen ist, steht der Berufung auf solche Tatsachen nicht entgegen, die erst durch dieses Gesetz erheblich geworden sind.

Auszugehen ist von einem nach altem Recht rechtskräftig gewordenen Eheurteil (vgl. sonst 1. EheRG Art. 12 Nr. 7 [§ 606 A V b 2]).

Die Vorschrift bezieht sich nur auf die Eheurteile; nicht auf die Folgeentscheidungen.

A VII a

Sie ändert nichts an der alten Entscheidung selbst, also an den Auflösungen der Ehe, selbst wenn inzwischen die Auflösungsgründe entfallen sind (etwa bei der Namensche, EheG § 19).

A VII a 1

Dagegen sind die Eheverbote des EheG §§ 4 II, 6 I vom 1. 7. 77 ab entfallen. Der Ehebrecher bedarf von da ab keiner Befreiung mehr.

A VII a 2

Soweit noch ein Ordnungsgeld auf grund der Bestrafung nach a. F. §§ 623, 619 III offen steht, entfällt es.

Die erweiterte Rechtskraftwirkung (a. F. § 616) entfällt (vgl. auch § 616 a. F. AI, § 606 A VII b 1, 2).

Die Ehe aufrecht erhaltende Urteile bleiben bestehen; doch kann gestützt auf neues Recht auf Scheidung (BGB §§ 1564 folg.) geklagt werden, selbst wenn das vorangegangene Urteil sich auf EheG § 48 II, III stützt, weil BGB § 1568 diese Normen einschränkt.

A VII b

Soweit ein ausländisches Urteil im Inlande erweiterte Rechtskraft wirkte (so: OLG Karlsruhe FamRZ 61/292, Hamburg FamRZ 65/151, Stuttgart NJW 73/432), ist auch diese entfallen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob das Ausland mit erweiterter Rechtskraftwirkung arbeitet.

A VII b 1

Den **Begriff der Ehesache** i. S. des ersten Abschnitts des sechsten Buches gibt § 606 I, indem er die einzelnen Inhalte eines solchen Streits aufzählt (wobei aber der Mitschuldantrag weggelassen ist, der nur noch nach westberliner Recht in betracht kommt, § 606 A VI).

B

Demnach sind Ehesachen folgende Streite:

B I

- a) Klagen auf Scheidung der Ehe,
- b) die auf ihre Aufhebung,
- c) die auf ihre Nichtigkeitserklärung,
- d) die auf Feststellung ihres Bestandes oder Nichtbestandes,
- e) die auf Herstellung des ehelichen Lebens.

Die **Scheidungsklagen** sind in BGB §§ 1564 folg. geregelt. Sie sind verfahrensmäßig besonders ausgestaltet in §§ 622 folg..

B I a

Scheidung heißt Trennung der Ehe dem Bande nach. Mit Rechtskraft des Urteils sind die Parteien geschieden, ohne daß es einer Vollstreckung bedarf (es liegt also ein Gestaltungsurteil vor, vgl. § 253 C I b), d. h. es besteht die Ehe von da ab nicht mehr (EheG § 41), während ihr Bestehen in der vorhergehenden Zeit anerkannt bleibt. Darüber, ob ein Scheidungsurteil zugleich rechtskräftig den Vorbestand der Ehe feststellt, vgl. verneinend LG Berlin III JW 30/1021; bejahend zu unrecht AG Calw JPR 64/119.

B I a 1

Sie sind als **Klage und Widerklage** im Rahmen des § 610 zulässig.

B I a 2

Sie kommen aber auch in der Form der Eventualwiderklage vor. Nur bis zum 30. 6. 77 gibt es auch den Mitschuldantrag, der als Eventualwiderklage angesehen werden sollte (das Gesetz spricht freilich davon, daß dann Widerklage nicht erhoben zu werden braucht, meint aber die prinzipiell zulässige Widerklage: EheG §§ 52 III, 53 II, wobei beide Eventualklagegründe von dem Mitschuldantrag ergriffen werden, auch wenn nur einer von beiden und gerade die nicht zutreffende Bestimmung zur Begründung herangezogen wird: RG v. 20. 7. 39 IV E 161/216 [219]), wobei diese Eventualwiderklage auch dann noch zulässig ist, wenn die prinzipielle es nicht ist, nämlich wenn das Hauptklagerecht verloren war, aber das Recht noch z. Z. der Klageerhebung bestand, oder auch darüber hinausgehend, sofern dies der Billigkeit entspricht, was das Gericht entscheidet. Sie kann insoweit Eventualaufhebungwiderklage oder Eventualscheidungs-widerklage sein, die erste auch gegenüber einer Scheidungsklage (§ 610 C II c 1). Im Gegensatz dazu sieht BGH v. 16. 4. 53 IV E 9/225 (229) = NJW 981, v. 19. 6. 57 IV LM EheG § 53/2 im Mitschuldantrag keine Eventualwiderklage und läßt, wenn der Klage aus EheG § 48 der Schuldantrag aus EheG § 53 II entgegengesetzt wird, keine Ausschließung auf Mitschuldfeststellung zu (dagegen: RG v. 3. 7. 39 IV E 160/392 [395], v. 20. 3. 40 IV E 163/246 [251], v. 30. 5. 40 IV E 164/92 [95], v. 17. 10. 40 IV Warn. 41/6). Soweit ein Rückgriff im Schuldanspruch nach Billigkeit (EheG § 53 III nach Fristablauf, vgl. dazu § 606 B I a 3) zulässig ist, gilt nichts besonderes (nur, daß insoweit auch keine Bindung an tatsächliche Feststellungen des Vorprozesses eintrat, so lange § 616 a. F. galt [also bis zum 30. 6. 76]: BGH v. 19. 6. 70 IV LM § 322/67, v. 14. 3. 57 IV

ZR 137/32). Über das sonstige Verhältnis dieser beiden prinzipiellen Klagen vgl. § 610 C II. Daß die prinzipiell erhobene Widerklage stets die eventuelle (den Mitschuldantrag) ergreift, ist anerkannten Rechts (RG v. 3. 4. 39 IV E 160/104 [190]). Dies gilt auch für die Fälle, wo ein Widerspruch nach EheG § 48 II geltend gemacht wird, weil er nur auf Verschulden beruhen kann (a. M. BGH v. 12. 6. 68 IV MDR 743, wonach der Widerspruch von der Naturalpartei wirksam erhoben werden kann, vgl. dazu § 78 C I b 12); es sei denn, daß dies erklärterweise nicht gewollt ist (RG v. 3. 10. 40 IV E 165/24 [25]). Aber ohne ihre Erhebung (Stellung des Mitschuldantrages) darf darüber nicht erkannt werden (RG v. 22. 4. 40 IV E 163/335 [336 f.]), woraus der Eventualklagecharakter erhellt. Auch weist RG v. 3. 10. 40 IV E 165/24 (25 folg.) auf die Parallele zur Inzidentfeststellungsklage nach § 280 hin. Über Schuldfeststellungsklagen nach ausländischen Scheidungen vgl. § 606 B I a 5.

Über die sonstigen Eventualwiderklagen im Scheidungsrecht vgl. § 610 B III.

Die Eventualgründe dienen aber auch zur Unterstützung der Hauptgründe (EheG § 51 II).

Über die Erhebung der Widerklage gegen eine Widerklage vgl. § 33 B I a 2.

B I a 3

Die Erhebung der **negativen Feststellungsklage, daß kein Scheidungsgrund gegeben** ist, ist unzulässig (§ 256 A III a).

Bis zum 30. 6. 76 darf dagegen bei aufgehobener häuslicher Gemeinschaft der Gatte, der die Gemeinschaft herstellen will (auch durch seinen zum Prozeß bevollmächtigten Anwalt, selbst wenn sich dieser an den Gegenanwalt wendet, der die Aufforderung dann weiterleitet, RG v. 11. 4. 40 IV E 163/305 [307]), zur Klageerhebung auffordern mit der Folge, daß nach fruchtlosem Ablauf von sechs Monaten die Scheidungsgründe wegen Verschuldens entfallen (EheG § 50 I 4), während diese Frist bei nicht aufgehobener häuslicher Gemeinschaft ab Kenntnis von selbst läuft (EheG § 50 I 1). Die Frist wird indes bei mangelndem Verschulden (das Gesetz spricht von unabwendbarem Zufall) und bei Geschäftsunfähigkeit, sofern kein gesetzlicher Vertreter bestellt ist (der gerade nicht der andere Gatte ist), gehemmt (EheG §§ 50 IV, 35 III, IV). Nach Ablauf von zehn Jahren ab Eintritt des Scheidungsgrundes erlischt der Scheidungsgrund (EheG § 50 II).

Die Ladung zum Sühnetermin wahrte die Frist, wenn der Antragsteller im Termin erscheint, sofern er Klage innerhalb von drei Monaten ab Abschluß des Sühneverfahrens erhebt. Auch für diese Frist gilt die erörterte Hemmung (EheG §§ 50 III, IV; 35 III, IV). Infolge des Wegfalls der §§ 607 folg. a. F. sind indes die auf den Sühneversuch bezogenen Vorschriften ab 1. 7. 77 gegenstandslos.

Bei den Scheidungsklagen ohne Schuldausspruch, die es ab 1. 7. 77 allein noch gibt, laufen diese Fristen nicht. Über die Wirkung einer Scheidungsklage auf Feststellung, daß die Ehe nicht besteht, vgl. § 611 A III b 2.

B I a 4

Die Klage auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft, wie die auf **Trennung von Tisch und Bett** gibt es nach materiellem inländischen Recht nicht mehr. Ein solcher Ausspruch ist also unzulässig. Lassen deshalb die ausländischen Gesetze bei der Scheidung von Ausländern, wo nach EG BGB Art. 17 ausländisches Recht anzuwenden ist, die Scheidung dem Bande nach nicht zu, so darf auf sie nicht erkannt werden (RG v. 30. 4. 01 III E 48/144 folg.; v. 13. 12. 00 VI E 47/136 [137]; a. M. BGH v. 22. 3. 67 IV E 47/324 = MDR 744 = NJW 2109, OLG Köln FamRZ 73/546 und Karlsruhe FamRZ 73/544 für [überholtes] italienisches Recht; vgl. auch LG Duisburg FamRZ 71/531 auf Erkennen des Erlöschens der bürgerlich rechtlichen Wirkungen der Ehe); ist dies allerdings durch inländisches Urteil rechtskräftig geschehen (oder durch ein ausländisches, sofern es anzuerkennen wäre), so ist die Scheidung nach inländischem Recht wirksam geworden (RG v. 21. 3. 12 IV JW 642).

Es darf aber auch nicht auf Trennung von Tisch und Bett erkannt werden (Haager Abkommen v. 12. 6. 02 [RGL. 04/221] Art. 1, das mit Wirkung vom 1. 6. 34 gekündigt wurde [RGL. 34 II 26], regelte diese Frage dahin, daß dieses Erkenntnis nur zulässig war, wenn sowohl im Heimatstaat wie in dem des Prozeßgerichts dieser Ausspruch zulässig war); denn ein solcher Ausspruch ist unzulässig, weil der Kreis der zulässigen Erkenntnisse in Ehesachen nach inländischem Recht begrenzt ist (im Ergebnis RG v. 11. 6. 41 IV E 167/193, v. 12. 10. 03 VSZ E 55/345 folg.; a. M. BGH v. 22. 10. 67 IV E 47/324; vgl. auch über die Feststellung des Erlöschens der bürgerlichrechtlichen Wirkungen einer italienischen Konkordatehe nach überholtem italienischen Recht: LG Duisburg FamRZ 71/531, 72/39, LG Frankfurt FamRZ 72/507).

Solche ausländischen Erkenntnisse können zwar im Verwaltungsverfahren anzuerkennen sein (vgl. § 328 F). Im Vertrag mit den Niederlanden v. 8. 4. 60 (G v. 10. 6. 63 [BGBl. II 463] Art. 26) werden niederländische Entscheidungen auf Trennung von Tisch und Bett ausdrücklich anerkannt (vgl. § 328 E III c 2). Jedoch könnte dies nur in bezug auf eine Herstellungsklage, unterstellt sie ist noch zulässig, rechtskraftmäßig wirken, was nicht mehr der Fall ist. RG v. 18. 7. 40 IV E 164/304 [306] hat einem Erkenntnis auf Trennung von Tisch und Bett keine Rechtskraftwirkung gegenüber dem Scheidungsverfahren beigemessen. Eine Umwandlung dieser Entscheidungen nach EheG 38 § 98 konnte jedenfalls nicht in betracht kommen, weil sich diese